

Grenzenloser Widerstand Gegen Krieg und Kapital

Für die soziale Revolution



Eine Broschüre zum 1. Mai 2016
radikale linke | berlin & Roter Aufbau Hamburg

1. Mai - Kein Feiertag sondern Kampftag!

Die Tradition am 1. Mai auf die Straße zu gehen reicht bis ins Jahr 1856 zurück, damals fanden Massendemonstrationen in Australien für den Achtstundentag statt. Dreißig Jahre später schossen Polizisten die ArbeiterInnenproteste für den Achtstundentag in den USA, auf dem Haymarket Square in Chicago, zusammen. Aus diesem Anlass beschloss der Gründungskongress der II. Internationalen im Jahr 1889 den 1. Mai weltweit als Kampftag für die Verringerung des Arbeitstages auf acht Stunden zu begehen.

Seitdem gehen überall auf der Welt an diesem Tag Menschen auf die Straße, auch wenn ihre konkreten Forderungen sich unterscheiden, so eint sie dennoch der Kampf für eine bessere Zukunft. Viele Verbesserungen wurden seit damals erreicht, manche Errungenschaften wurden uns wieder aus den Händen gerissen und so bleibt der Kampf um sie immer aktuell.

Es gibt für uns am 1. Mai keinen Grund zu feiern, der Kapitalismus entreißt uns immer noch einen Teil des Mehrwertes unserer Arbeit, steckt uns in überbezahlte schlechte Woh-

nungen oder spaltet uns nach Herkunft, Geschlecht oder Verwertbarkeit. Wir werden uns mit diesem System niemals abfinden und werden auch nicht nur am 1. Mai Widerstand leisten. Aber damit aus Wut endlich Widerstand erwächst, müssen wir noch mehr werden, uns noch besser organisieren und unsere Kräfte bündeln.

Diese Broschüre wurde von der radikalen linken | berlin und dem Roten Aufbau Hamburg [aufbau] erstellt und soll ein Beitrag sein Debatten anzustoßen, Position zu beziehen und Argumente für den radikalen Bruch mit dem Jetzt liefern.

...los auf die Straße!

*gendern

Die jeweiligen Gruppen gendern ihre Texte unterschiedlich, dies bitten wir zu berücksichtigen.

Geschichte wird gemacht

Über die Aktualität von Klasse, Klassenspaltung und Klassenkampf [radikale linke | berlin]

In den westlichen Industriestaaten wächst seit den 1970er Jahren stetig der Anteil der »working poor«, der Menschen, die trotz mehrerer mies bezahlter Jobs nicht über die Runden kommen. Gleichzeitig werden sozialstaatliche Errungenschaften beschnitten und die öffentliche Daseinsvorsorge zur Ware gemacht. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde die Agenda 2010 umgesetzt, durch die der Niedriglohnsektor und die Leiharbeit massiv ausgebaut wurden. Durch dieses staatlich verordnete Lohndumping konnte das exportorientierte Kapital international erhebliche Wettbewerbsvorteile erringen.

Ob der Klassenkampf von oben weiterhin so erfolgreich geführt werden kann wie in den vergangenen Jahrzehnten, hängt auch davon ab, ob die hiesige radikale Linke Mittel und

Wege findet, einen Klassenkampf von unten zu organisieren. Ein Problem: Die Perspektive Klassenkampf ging in Teilen der deutschen Linken seit den 1960er Jahren verloren. Für sie ist der Klassencharakter nicht mehr der Ausgangspunkt, um den bestehenden Verhältnissen zwischen arm und reich auf die Spur zu kommen. Damit einher geht die Unklarheit darüber, was eigentlich unter der Klasse der Arbeiter*innen zu verstehen ist.

Lenin hat in seinem Werk „Die große Initiative“ eine Klassen- definition entwickelt, die auch heute noch nutzbar ist: „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich von einander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und



formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“

Diese Definition bietet ausreichend Möglichkeiten zur Differenzierung. Weder bezieht sie sich allein auf das Industrieproletariat, noch schließt sie Manager*innen oder leitende Angestellte ein. Mit dieser Klassendefinition haben wir einige Richtlinien, mittels derer wir die Arbeiter*innenklasse genauer bestimmen können: Ihre Angehörigen sind nicht im Besitz von Produktionsmitteln, müssen also ihre Arbeitskraft verkaufen, um ihren Lebensunterhalt sicherzustellen. Sie sind zudem nicht in leitenden Funktionen zu finden, die die Überwachung und Gestaltung des Produktionsprozesses steuern und dadurch eine (gesellschaftliche) Machtposition verleihen. Sie eignen sich den gesellschaftlich produzierten Mehrwert nicht an, sondern schaffen diesen. Zur Arbeiter*innenklasse zählen indes auch diejenigen, die dem (primären) Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen oder ganz aus dem Verwertungskreislauf herausfallen, wie Gefangene, Obdachlose, Schulabbrecher, Aussteiger, prekäre Handwerker und Scheinselbständige.

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist sehr geschickt darin, die Konkurrenz untereinander zu fördern und zu einer Entsolidarisierung beizutragen. So haben etwa Geschlechterverhältnisse und Rassismus erheblichen Einfluss auf die Klassenspaltung.

Sozialistische Feministinnen haben früh auf die Trennung zwischen Lohn- und Hausarbeit hingewiesen. Die kapitalistische Produktionsweise basiert bisher zentral auf der Aneignung unentlohnter Frauenarbeit: ob zur Reproduktion der Arbeiter*innenschaft oder zur Regeneration des einzelnen Arbeiters und anderer (oft schwächerer, weil sehr alter oder sehr junger) Mitglieder der Gesellschaft. Das Fließband endet also nicht vor den Türen der Arbeiterwohnungen: Was in den Arbeiterwohnungen gearbeitet wird, ist selbst die Voraussetzung für jegliche mehrwertproduzierende Arbeit.

Wie durch gezielte von der Kapitaleseite forcierte Migration

eine Klassenfraktion entstehen kann, zeigt das Beispiel der ab den 1950er Jahren in Westdeutschland angeworbenen Arbeitskräfte aus Südeuropa und der Türkei. Die »Gastarbeiter« waren politisch und gesellschaftlich ausgegrenzt sowie im Beruf ökonomisch schlechter gestellt und unsicherer beschäftigt als ihre deutschen Kolleg*innen. Es bildete sich eine Unterklasse heraus, die im Wesentlichen die Funktion einer nützlichen industriellen Reservearmee einnahm, die je nach konjunktureller Schwankung eingesetzt werden konnte. Ähnliches ist der derzeit auch in Bezug auf Geflüchtete festzustellen, etwa wenn Wirtschaftsvertreter*innen die Aussetzung des Mindestlohnes für Geflüchtete fordern.

Um die ideologischen und strukturellen Klassenspaltungen zu überwinden, müssen wir die gesellschaftlichen Momente erkennen, in denen wo sich Klassenlagen überschneiden, ähneln oder einander bedingen. Wir sehen in den selbstorganisierten, autonomen Kämpfen die Ansatzpunkte für den Klassenkampf von unten. Wesentliches Kampfmittel ist dabei weiterhin der Streik, denn er ist das ökonomisch stärkste Mittel, das der Arbeiter*innenklasse zur Verfügung steht. Grundsätzlich stehen wir daher jedem Streik zunächst positiv gegenüber, egal ob es ein regulärer Streik, wilder Streik, politischer Streik oder Generalstreik ist. Wie Streiks heute aussehen können, ob es sinnvoll ist, Streiks nicht mehr nur im Betrieb, sondern gesellschaftlich zu führen, wie die Spaltungen der Belegschaften, wie die Reproduktionsarbeit, wie die unterschiedlichen Bedingungen der Arbeiter*innenklasse im Zentrum und in der Peripherie verbunden werden können, sind die drängendsten Fragen, wenn es darum geht, den Klassenkampf von unten zu organisieren. Antworten zum Sturz des Kapitalismus finden wir nicht am Reißbrett, sondern durch die Praxis unserer Intervention in diesen Kämpfen.

„Es herrscht Klassenkrieg und meine Klasse gewinnt“ sagt Warren Buffett, einer der reichsten Menschen der Welt. Es wird Zeit gemeinsam zurück zu schlagen und alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist!

Der vollständige Text unseres Positionspapiers befindet sich auf unserer Internetseite:
www.radikale-linke.net/positionspapier-klassenkampf



Schwule- und Lesbengruppen sammeln Spenden für die Familien streikender Bergarbeiter in England 1984.



Gegenmacht und Klassenkampf [radikale linke | berlin]

Wenn jeden Tag Häuser und Heime brennen, rechte Hegemonie entsteht, kann es nach wie vor nicht um die Frage gehen „Ob“ Antifa notwendig ist, sondern nur um das „Wie“. Antifaschismus bedeutet die Verbindungen und Effekte von Kapitalismus, Rassismus, Faschismus, Patriarchat und Staat zu beschreiben und viel wichtiger: Alternativen zu formulieren. Leider sind in den letzten Jahren einige zentrale Themenfelder linksradikaler Kritik etwas in Vergessenheit geraten. Eine wesentliche Debatte, die es unserer Meinung nach dringender denn je wieder zu führen gilt, ist die Aktualität des Begriffs der Klasse. Denn die starken Klassegegensätze und -interessen werden aktuell besonders deutlich.

Also wehret den Anfängen!

Soziale(Abstiegs-) Ängste, Isolation und Konkurrenzdruck sind aktuell auf der ganzen Welt sehr präsent. Linksradikale Perspektiven, konkrete Antworten auf konkrete Fragen, verstummen jedoch zunehmend. Stattdessen werden sie nun von rechts beantwortet. Die Geschichte hat gezeigt, dass aus einer bestimmten Klassenzugehörigkeit definitiv noch kein progressives Klassenbewusstsein erwächst. Das sollten wir nicht hinnehmen, sondern offensiv unsere Idee einer Welt ohne Konkurrenz, Individualisierung und Abstiegsangst zu den Menschen tragen, deren Bedürfnisse in der kapitalistischen Welt nicht von Belang sind.

Die derzeitige Verfassung der Antifabewegung macht es uns sicherlich nicht einfacher. Verlieren wir uns nicht weiter in unsinnigen Diskussionen die uns spalten, sondern, zeigen uns solidarisch mit denen, welche die gleichen Ziele verfolgen. Wir brauchen einen größeren Bezug auf die lokalen und globalen Bewegungen statt individualisierter Politikkonzepte.

Unser Antifaschismus unterscheidet sich seit jeher vom bürgerlichen Antifaschismus durch zentrale Punkte: revolutionäre und antinationale (Klassen-) Politik, ein antagonistisches Verhältnis zum bürgerlichen Staat, Legitimation extra-legaler Aktionen des antifaschistischen Selbstschutzes und unserer revolutionären Politik. Antifaschismus kann sich niemals positiv auf eine Nation oder andere identitätsstiftende Phrasen beziehen, auch wenn der Aufstand der Anständigen das suggerieren wollte.

Für uns muss Antifa also immer der Kampf ums Ganze sein. Der Kampf für eine bessere Welt abseits von Herrschaft und Unterdrückung, starren Identitätskonstruktionen, Ausbeutung, Kapitalismus und Imperialismus. Ganz konkret: Wir wollen Bedingungen schaffen, die den Faschismus als vermeintliche Alternative überflüssig machen.

Antifa und Gegenmacht

„Unter Gegenmacht verstehen wir eine Formierung gesellschaftlicher Kräfte, die in der Lage sind den herrschenden Verhältnissen entgegenzuwirken“, soweit unsere Position.

Gegenmacht kann dort entstehen, wo wir als radikale Linke in der Lage sind, uns in Kiezinitiativen, Betrieben, gesellschaftlichen und kulturellen Milieus zu verankern. Gegenmacht entsteht dort, wo wir uns in Kämpfe um das „Recht auf Stadt“ einmischen, Zwangsräumungen verhindern, soziale Zentren aufbauen, Häuser besetzen. Dort wo wir Antifa als attraktive Jugendkultur etablieren. Wenn wir unsere Kraft dort einbringen, wo der Bruch mit dem Bestehenden forciert wird. Dort wo Vernetzung, Debatte, Theorie zusammenkommen und konkrete, revolutionäre, politische Praxis das Resultat ist. Wo wir es schaffen Diskurse zu verändern und andere zu etablieren, Menschen Erklärungen anbieten, die für sie Sinn ergeben und sie ermächtigt werden selbst neue zu entwickeln. Wo wir es schaffen, dass Menschen sich an unseren Aktionen beteiligen (wollen), unsere Aktionsformen adaptieren oder uns neue zeigen mit denen wir gemeinsam kämpfen können. Wollen wir reale Gegenmacht schaffen, gilt es die Dichotomie zwischen „entweder friedlich oder militant“ zu überwinden und deutlich zu machen, dass viele Widerstandsformen wirksam sind, wenn sie kombiniert werden und sich positiv aufeinander beziehen.

Es ist richtig und wichtig uns unserer eigenen Stärken und Fähigkeiten regelmäßig zu vergewissern. Allerdings darf Antifaschismus heute keine Avantgarde spielen, sondern muss mit den „besseren bzw. richtigen“ Argumenten arbeiten. Das ist mühsame Arbeit und führt uns vielleicht auch vor Augen, dass nicht alle unsere Ideen mit den Lebensrealitäten von anderen Menschen vereinbar sind. Einen anderen Weg eröffnen uns die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aber gerade nicht.

Unsere Strategien und unsere Praxis müssen dynamisch sein, die Wahl der Mittel darf kein Dogma werden. Ob es beispielsweise sinnvoller ist eine kämpferische Demo mit schwarzem Block oder ein zivilgesellschaftliches Bündnis aufzubauen, muss strategisch und situativ entschieden werden. Widerstand besteht heute darin zu einer Situation die geeigneten Mittel zu wählen. Die Wirksamkeit können wir an den konkreten Effekten messen.

Lasst uns nicht resignieren, nicht von unseren Wünschen und Träumen Abstand nehmen. Lasst uns selbstbewusst in diese Welt gehen. Wir haben nicht die perfekten Antworten, aber „fragend schreiten wir voran.“

Das ganze Positionspapier findet ihr auf unserer Internetseite:

www.radikale-linke.net/positionspapier-antifaschismus



Rassismus spaltet Klassenkampf vereint

Das Fremde in der postkolonialen Ära [roter aufbau hamburg]

Die BRD hat ein Rassismus Problem, dass das so ist wissen wir nicht erst seit in Deutschland fast jede Woche Flüchtlingsunterkünfte in Flammen stehen. Rassismus hat in Deutschland eine lange Tradition und ist in vielen Teilen der deutschen Gesellschaft fest verankert. Ob nun durch Racial Profiling der Polizei oder reißerische Berichterstattung in der Bildzeitung, die RassistInnen in Presse, Politik und Polizei betonen gerne die „ausländische“ Herkunft von TäterInnen und stellen so hausgemachte Probleme wie Sexismus als von Außen in unsere Gesellschaft eingewandert dar. Dabei legen diese modernen RassistInnen ihr Augenmerk vordergründig nicht auf eine Unterscheidung zwischen biologischen Rassen, sondern schieben kulturelle Unterschiede zwischen der sogenannten westlichen Welt und Afrika oder der „muslimischen Welt“ vor. Kultur wird im gesellschaftlichen Diskurs als eindimensionaler fester Zustand gedacht und nicht, wie es eigentlich sein müsste als sich veränderndes Konstrukt. Durch diesen verkürzten Kulturbegriff wird die Festlegung auf eine Leitkultur, die es eigentlich gar nicht gibt, erst möglich. Die Versteifung auf die Unvereinbarkeit von „westlicher“ und „ausländischer Kultur“ ist die Hauptargumentation von RassistInnen wie der AFD und PEGIDA die in der Regel keinen biologischen Rassenbegriff verwenden und auf diese Art den Rassismusvorwurf weit von sich weisen. Sie behalten aber rassistische Strukturen und Denkmuster bei. Spätestens bei der Einteilung in verschiedene Kulturkreise sollte jedoch jedem klar werden, dass diese keinen Unterschied zu der früheren Einteilung in Rassen darstellen und dass die rassistische Zuschreibung bestimmter Eigenschaften zu bestimmten Kulturkreisen nach wie vor in vielen Köpfen fest verankert ist.

Die willkürliche Zuordnung von Eigenschaften war schon immer ein Teil von Rassismus. Bereits während der Kolonialzeit wurden viele der immer noch aktuellen Bilder von schwarzen oder muslimischen Menschen geprägt. Diese Bilder sind falsch und pauschalisierend, sie entstammen einer Kolonialromantik die die Verbrechen dieser Zeit legitimiert und Klischees und Vorurteile am Leben erhält. Im Alltag werden diese Vorurteile in Zeitung, Funk und Fernsehen reproduziert. Die Bandbreite der Reproduktion reicht dabei von der Nazi Marke Thor Steinar, die T-Shirts mit dem Aufdruck „Daressalaam Safari“ vertreibt, bis zur Tschibo Werbung über eine weiße Frau und „ihre Farm in Afrika“. Ein Teil unserer antirassistischen Arbeit muss daher sein, diese Vorurteile im Alltag zu entlarven und anzugreifen.

Wichtig ist es deshalb auch auf die Hinterlassenschaften der deutschen Kolonialgeschichte hinzuweisen, die in der Vergangenheit von der revolutionären Linken häufig vernachlässigt wurde. So sind in Deutschland immer noch Kasernen (z.B. in Hamburg Wandsbek) nach dem Völkermörder Paul von Lettow-Vorbeck benannt, der im heutigen Namibia am Genozid an den Herero und Nama beteiligt war. Auch der Kolonialist und bekannte Rassist Carl Peters, der sich im heutigen Tansania den

Spitznamen Hänge Peters „verdient“ hat, wird immer noch durch nach ihm benannte Straßen geehrt. Den Bock im Rassistinnen und Völkermörder ehren schießt jedoch, wen wundert es, die Bundeswehr. Auf dem Gelände der Helmut Schmidt Universität in Hamburg ist eines der Häuser nach dem „Kommandeur der Schutztruppen“, im damaligen Deutsch-Südwestafrika, Lothar von Trotha benannt, einem Mann unter dessen Befehl viele zehntausende Menschen in die Wüste und den sicheren Tod getrieben wurden. Er war es auch der den sogenannten „Schießbefehl“ ausstellte, in dem er forderte auf überlebende Männer, Frauen und Kinder zu schießen sollten sie sich der Grenze der Wüste oder Wasserlöchern nähern.

Diese Beispiele zeigen, dass der Kolonialismus in der deutschen Gesellschaft vieler Orts präsent ist und nicht, wie so oft angenommen, ein unbedeutendes Kapitel der deutschen Geschichte darstellt. Für weitaus bedeutender als die Benennung von Kasernen und Straßen halten wir aber die wirtschaftlichen Strukturen, die aus dieser Zeit bis heute überdauert haben. So war es der Kolonialwaren Handel, d.h. die gewaltsame Plünderung des globalen Südens, der vielen deutschen Kaufleuten im 18. und 19. Jh. zu großem Reichtum verhalf. Dies ist Teil einer Entwicklung, die Karl Marx als wesentlich für das Entstehen der modernen kapitalistischen Weltwirtschaft erachtet hat. Er nennt sie die ursprüngliche Akkumulation und erklärt so auch dass noch bis heute bestehende Ungleichgewicht zwischen der Wirtschaftskraft Europas und der des globalen Südens. Dieses Ungleichgewicht sorgt noch heute dafür, dass in vielen Teilen der Welt ganze Regionen der absoluten Verarmung preisgegeben werden. Er ist damit Hauptursache für Migration und Binnenmigration auf dem afrikanischen Kontinent und anderen Regionen des globalen Südens.

Die westlichen Länder, die vordergründig immer von Entwicklungszusammenarbeit reden, halten hintergründig große Teile Afrikas, Asiens und Südamerikas in starker wirtschaftlicher Abhängigkeit. Ein Großteil der fossilen Ressourcen des afrikanischen Kontinents ist in den Händen westlicher Unternehmen. Phänomene wie Landgrabbing sorgen dafür das den AfrikanerInnen sogar das Land auf dem sie leben unter den Füßen entrissen wird. Ehemalige Kolonialmächte wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland profitieren ungemain von dem Chaos, dass sie in vielen ehemaligen Kolonien hinterlassen haben und haben gar kein Interesse an einer Entwicklung raus aus dieser wirtschaftlichen Abhängigkeit.

Es ist klar, solange es den Kapitalismus gibt werden auch diese Abhängigkeitsverhältnisse bestand haben. Kapitalismus und Rassismus teilen sich eine Vergangenheit, eine Gegenwart und eine Zukunft. Lasst uns beides auf die Müllhalde der Geschichte werfen!





Krieg dem Krieg heißt Kampf dem Imperialismus

[roter aufbau hamburg]

Krieg. Das Thema interessiert in Deutschland kaum jemand ernsthaft. Man kennt es aus Geschichtsbüchern, schlechten n-tv Dokumentationen, etwa über den Vietnam-Krieg, aus monumentalen Blockbustern, dem Computerspiel Call of Duty und vielleicht auch aus den Nachrichten. Aber fühlen sich die Menschen hier davon betroffen? Eigentlich kaum. In Europa herrscht seit 70 Jahren offiziell Frieden und der nächste bewaffnete Konflikt liegt entspannt einige tausend Kilometer weit entfernt. Warum also sollten wir uns dafür interessieren, warum für den Frieden kämpfen, wo er doch hier augenscheinlich bereits herrscht?

Weil Krieg uns sehr wohl betrifft.

Die Neue Weltordnung

Seit dem Ende des sogenannten real existierenden Sozialismus und der Wiedervereinigung Deutschlands hat sich auf der Welt einiges verändert. Spätestens Ende der 1990er-Jahre hat die US-geführte NATO offiziell den gesamten Globus zu ihrem politisch-ökonomischen Einfluss- und militärischen Operationsgebiet erklärt. In ihrem Windschatten verschaffte auch die herrschende Klasse in Deutschland ihrem Anspruch auf neue Macht und neue »Verantwortung« Geltung, indem sie die Zahl der weltweiten Auslandseinsätze der Bundeswehr schrittweise erhöhte. Die Liste der Staaten, in denen westliche ImperialistInnen seitdem militärisch interveniert oder einseitig Konfliktparteien unterstützt haben, um ihre Neue Weltordnung zu festigen, ist lang.

Die Zerstörung Libyens

Von zentraler Bedeutung ist die Invasion Libyens 2011 – ein Beispiel dafür, dass die westlichen Mächte eher in Kauf nehmen, ein Land ins Chaos zu stürzen, als es einer Regierung zu überlassen, die sich nicht problemlos ins eigene Herrschaftssystem integrieren lässt. Libyen hatte vor 2011 verstärkt auf eine vom Westen unabhängige afrikanische Integration gedrängt und die Ausbeutung der nationalen Ölreserven zunehmend der Kontrolle multinationaler Konzerne entzogen. Unter dem nie bewiesenen Vorwand, das Gaddafi-Regime habe friedliche DemonstrantInnen bombardieren lassen, wurde radikalen IslamistInnen, die Gaddafi hinrichteten, mit der NATO-Operation Unified Protector der Weg bis Tripolis freigeblitzt. Mit dem Schutz der Bevölkerung hatte die Operation freilich nichts zu tun: Libyen versinkt heute im Bürgerkrieg, die Scharia wurde eingeführt und die Ölquellen wurden zu Billigpreisen an internationale Konzerne verschertelt. Kein Wunder also, dass sich viele Bewohner Libyens auf den Weg nach Europa machten. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass Elend und Flucht überall auf der Welt ein Produkt imperialistischer Kriege sind.

Kalkuliertes Chaos im Nahen Osten

Ähnlich sieht es in Syrien aus. Das geostrategisch wichtige und

ressourcenreiche Land ist unter Präsident Baschar al-Assad ein wichtiger Verbündeter Russlands und damit ein Dorn im Auge der NATO. Die USA und ihre Verbündeten, allen voran die BRD, die Türkei und Saudi-Arabien, haben den aktuellen Bürgerkrieg in Syrien mitverursacht, um Assad zu schwächen. Bereits beim Aufstand gegen das Staatsoberhaupt im Jahr 2011 haben sie bewaffnete RebellInnen unterstützt, die ihnen nützlich erschienen. Fortschrittliche Kräfte der syrischen Opposition wurden rasend schnell isoliert. Die Macht des inzwischen außer Kontrolle geratenen Islamischen Staates (IS) in Syrien ist ein Ergebnis dieser Politik. Die Wurzeln des IS liegen allerdings in einem früheren imperialistischen Krieg. Erwachsen aus den Trümmern des 2003 von den USA in Grund und Boden bombardierten Irak und inoffiziell unterstützt durch die Türkei und den ewigen Verbündeten des Westens, das reaktionäre Saudi Arabien, beherrscht der IS heute große Teile des Iraks und Syriens.

In deutscher Tradition: Vormarsch nach Osten

Ein weiterer Frontverlauf zwischen der NATO und Russland befindet sich heute in der Ukraine. Nach einem unter anderem von Deutschland unterstützten, »proeuropäischen« Umsturz der demokratisch gewählten Regierung Janukowytsch und unter Mitwirkung ukrainischer NATO-treuer Faschisten wurden in dem Land nicht nur KommunistInnen verfolgt und ermordet. Im Osten des Landes begann ein blutiger Krieg zwischen pro-westlichen Regierungstruppen und von Russland unterstützten KämpferInnen. Ukrainische Oligarchen organisieren derweil unter Präsident Petro Poroschenko eine massive Umverteilung von unten nach oben.

Kriege gehören zum Kapitalismus wie die Wolke zum Regen

Kriege sind eine Katastrophe für alle Beteiligten. Familien werden auseinandergerissen, Kinder sterben im Bombenfeuer, Millionen von Menschen werden zur Flucht gezwungen. Die Hauptleidtragenden sind heute dort, wo Stellvertreterkriege ausgefochten werden – in Syrien, in der Ukraine und zunehmend auch in afrikanischen Staaten.

Die einzigen, die vom Krieg profitieren, sind Waffenkonzerne – Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt – und die imperialistischen Mächte. Sie sind beharrlich auf der Suche nach neuen Ressourcen, billigen Arbeitskräften und Absatzmärkten. Sie streben eine Ausweitung ihrer politischen Macht an, um ihre Profite und ihren Einfluss in der Welt zu vergrößern. Dabei stoßen sie immer aggressiver zusammen.

Kurzum: nicht die »einfachen Leute«, sondern unsere Klassenfeinde haben ein Interesse am Krieg. Lasst uns den Kapitalismus zertrümmern, bevor es für uns alle zu spät ist. Krieg dem Krieg!





Flüchtlingslager Jarmuk bei Damaskus in Syrien 2014

Der Klassenfeind rüstet auf

Präventive Militarisierung und Überwachung

[roter aufbau hamburg]

Im Windschatten der Militarisierung der Außenpolitik Deutschlands haben die repressiven Staatsapparate auch nach innen systematisch aufgerüstet – strategisch, rechtlich, personell und technologisch. Sie haben auf diese Weise ihre Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle sowie zur Bekämpfung sozialer Bewegungen ausgeweitet. Im Dezember letzten Jahres stellte Bundesinnenminister Thomas de Maizière zum Beispiel die neue Polizeieinheit Beweissicherungs- und Festnahme Einheit Plus (BFE Plus) vor. Sie soll bei groß angelegten und länger andauernden Fahndungsaktionen eingesetzt werden und der Bereitschaftspolizei und der GSG9 bei terroristischen Anschlägen zur Seite stehen. Dafür ist die BFE Plus speziell ausgebildet, robuster ausgestattet, spezialisierter und damit professioneller als andere Einheiten. Trotz der historischen Erfahrungen aus der Zeit des deutschen Faschismus werden die zivilen Repressionsorgane zudem zusehends miteinander vernetzt. Verfassungsschutz und Polizei sitzen zum Beispiel im 2012 geschaffenen Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum an einem Tisch.

Bundeswehreininsatz an der Heimatfront

Unterdessen schreitet die Militarisierung der Gesellschaft beständig voran. Einsätze der Bundeswehr im Inneren werden nicht mehr nur diskutiert. Bei Großevents wie der Fußball-WM, bei G8- oder NATO-Gipfeln sind sie bereits Realität. Wir werden also im nächsten Jahr beim G20-Gipfel in Hamburg sicherlich nicht nur mit der Polizei konfrontiert werden, sondern auch mit verschiedenen Einheiten der Bundeswehr. Die Armee ist außerdem im Rahmen der »Zivil-Militärischen Zusammenarbeit« in die neu aufgebaute Heimatschutz-Infrastruktur integriert, die im Fall eines »inneren Notstandes« aktiv werden soll. Im größten städtischen Gefechtsübungszentrum Europas namens Schnöggersburg, das seit 2012 für 120 Millionen Euro in Sachsen-Anhalt gebaut wird, trainieren deutsche SoldatInnen sowohl für Auslands- als auch für Inlandseinsätze.

Werbefeldzug für Nachwuchs und Akzeptanzsicherung

Um für Nachwuchs zu sorgen und sich gesellschaftliche Akzeptanz zu sichern, ist die Bundeswehr in eine Werbeoffensive gegangen. Sie ist in Schulen, auf Jobmessen und an diversen anderen öffentlichen Orten präsent: Vor dem Hintergrund, dass etwa ein Drittel der neuen RekrutInnen in den ersten sechs Monaten beim Militär das Handtuch wirft, wird die Werbetrommel gewaltig gerührt, um die Truppe mit Frischlingen zu versorgen. Im Jahr 2014 hat die Bundesregierung 29,9 Millionen Euro für Werbemaßnahmen der Bundeswehr ausgegeben, im Jahr 2008 waren es »nur« 3,78 Millionen Euro.

Seit einigen Monaten läuft die 10,6 Millionen Euro teure Wer-

bekampagne »Mach, was wirklich zählt«. Mit dieser und ähnlichen Kampagnen wird versucht, die Armee als attraktiven Arbeitgeber vor allem für junge Menschen darzustellen. Die Truppe möchte mit Sprüchen wie »Krisenherde löst du nicht durch Abwarten und Teetrinken« oder »Wahre Stärke findest du nicht zwischen zwei Hanteln« ihr Image aufpolieren und der Jugend den SoldatInnen-Beruf schmackhaft machen. Mit solchen Kampagnen soll zudem suggeriert werden, das Militär sei ein ganz normaler Teil der Gesellschaft. Wir sollten aber nicht vergessen, dass die Bundeswehr dazu da ist, um diesen Staat und den Kapitalismus zu verteidigen, wenn nötig auch gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Überwachungs- und Sicherheitsstaat

Seit den 1970er-Jahren werden in Deutschland systematisch Grundrechte abgebaut und der Staat wird in einen Sicherheits- und Präventionsstaat umgebaut. Er drängt immer weiter ins Privatleben hinein und stellt die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht, potentielle StraftäterInnen oder gar TerroristInnen zu sein oder zu werden. Diese Entwicklung beschleunigte sich mit der Hysterie nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001. Am bedeutendsten wurden im Namen der Terrorabwehr die Rechte von nicht-deutschen Staatsbürgern eingeschränkt.

Private Sicherheitsfirmen übernehmen zudem vermehrt staatliche Aufgaben. Auch eine flächendeckende Videoüberwachung mit Gesichtserkennung ist nicht mehr Zukunftsmusik, sondern schon heute Realität. DNA-Analyse und -Datenbank, Telekommunikationsüberwachung, Online-Durchsuchungen und der Einsatz sogenannter Trojaner zur Durchsuchung auch privater Computer sind an der Tagesordnung. Neben solchen Technologien arbeiten alle Sicherheitsbehörden mit sozialen Medien. Die Leichtfertigkeit vieler Menschen im Umgang mit Facebook und Co spielt den Repressions- und Sicherheitsorganen deswegen in die Hände. Es gilt also ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Menschen durch ihr Verhalten nicht nur sich, sondern auch andere Menschen gefährden. Der Überwachungsstaat funktioniert erst dann umfassend, wenn die Bevölkerung ihn bewusst oder unbewusst mit unterstützt.

Die Techniken zur Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung, die der Staat derzeit erprobt, wird er langfristig gegen die Linke anwenden, erst recht, wenn die soziale Spaltung weiter zunimmt. Die rechtlichen Befugnisse zu ihrem Einsatz hat sich die herrschende Klasse zum größten Teil schon geschaffen. Die Herrschenden bereiten sich mit allen Mitteln auf zukünftige Klassenkämpfe und Aufstände vor. Auch wenn die Reichen heute keine Angst vor einer Revolution haben müssen: Ihnen ist klar, dass soziale Widersprüche in sozialen Kämpfen münden können. Es wird also Zeit, dass wir den Kampf gegen ihren Sicherheitsapparat und Überwachungsstaat als ein Teil des Klassenkampfes verstehen und führen.





G20 in Hamburg?

...dann kommen wir in Adiletten und sprengen euer Klassentreffen!

[roter aufbau hamburg]

Im Juli 2017 soll Hamburg als Austragungsort des G20-Gipfels zum Schauplatz der internationalen Aufmerksamkeit werden. Doch wer sind die G20 und warum kann man unseren Widerstand erwarten?

...sie schachern um die Welt

Der Kapitalismus als herrschende Wirtschaftsordnung hat die nationalen Ökonomien und Kapitalistenklassen dieser Welt eng miteinander verflochten; sie stehen in Konkurrenz zueinander, aber sind gleichzeitig auch aufeinander angewiesen. Die sog. Globalisierung hat dafür gesorgt, dass quasi alles auf der Welt miteinander in Verbindung steht und Entscheidungen, die auf einer Seite der Erde gefällt werden, immer auch Auswirkungen auf der anderen Seite tragen. Da der Imperialismus seine Spielregeln bereits allen Teilen der Erde aufgedrückt hat, ist es für die Herrschenden in den kapitalistischen Zentren dieser Welt immer schwieriger neue Märkte zu erschließen und Wachstum zu fördern. Als Folge dieser verschärften Konkurrenz verdichten sich die kapitalistischen Krisen, es wird zunehmend aggressiver um Marktanteile und Einfluss gekämpft und auch Kriege scheinen ein immer probateres Mittel, um Interessen durchzusetzen. Diese Bedingungen machen die Abstimmung und gemeinsame Entscheidungen zwischen den verschiedenen kapitalistischen Nationen und Institutionen immer wichtiger. Als Folge daraus haben sich Institutionen wie die G20 gegründet. Die G20 besteht seit 1999 und setzt sich aus den 19 wichtigsten „Industrie- und Schwellenländern“ sowie der EU zusammen. Einmal im Jahr treffen sich deren Regierungschefs, Finanzminister, Zentralbankvertreter und Vorsitzende von IWF, EZB, Weltbank und andere zum G20-Gipfel. Zweifellos besteht die Aufgabe der G20 darin das finanzielle Interesse ihrer Kapitalisten durchzusetzen: Dem Zugang zu Rohstoffen, Handelswegen und Märkten. Und zweifellos setzt sich im Kapitalismus der Stärkere durch, weshalb Institutionen wie die G20 die Handschrift ihrer stärksten Mitglieder tragen.

...das bisschen Polizei- und Sicherheitsstaat

Wenn sich die 20 Staatschefs abgeschottet von einem riesigen Polizeiaufgebot treffen, wollen sie Hamburg zur einer Festung des Kapitals machen. Eine Festung, deren Tore mit etwa 9.000 Polizisten geschützt wird. Die geplante „lückenlose“ Kameraüberwachung findet ihre Ergänzung in riesigen Gefahrengebieten und Sicherheitszonen. Nebenbei ist jetzt schon davon auszugehen, dass die Bundeswehr mit

Kampfflugzeugen und anderem Kriegsgerät in Hamburg eingesetzt werden wird. Der Luftraum wird gesperrt und Gullideckel verschweißt. Alleine die Sicherheitskosten werden sich auf mehrere hundert Millionen Euro belaufen und alles nur, damit ein paar Politiker mit ihrer Entourage zusammen kommen und dann Entscheidungen treffen, die für sie sowieso keine bindende Wirkung haben.

Für uns bedeutet der Gipfel mehr Cops, mehr Überwachung, Einschränkung unserer Grundrechte und die Stilllegung der Stadt, damit die Herrschenden um die Welt pokern können. Dabei können wir nur verlieren; so starb bei dem G20 Gipfel 2009 in London ein Zeitungsverkäufer durch einen prügeln den Polizisten.

...die Stadt Hamburg gewinnt?

Angeblich sollen die Austragungsorte solcher Gipfel langfristig von diesen Events profitieren. Schon der Versuch Hamburg als Marke durch die Olympia-Bewerbung zu profilieren, ist daran gescheitert, dass man der Bevölkerung diese Infrastrukturprogramme nicht schmackhaft machen konnte. Hamburg soll umgestaltet werden und neue Investoren anlocken, doch wenn die Marke Hamburg gewinnt, verliert die Bevölkerung. Sie wird durch Mieterhöhungen an den Rand der Stadt gedrängt, um Reichenvierteln Platz zu machen. Wenn Geld in die Kassen gespült wird, landet es eben nicht in den Brieftaschen der Bevölkerung. In Hamburg wächst die Armut ständig und hat 2014 ein Rekordniveau erreicht, so lagen 16,9 % der Hamburger unter der Armutsgrenze, obwohl zugleich die Stadt bundesweit die höchste Millionärsdichte hat.

...von Wut zu Widerstand!

Bei diesem Gipfel steht Hamburg im Mittelpunkt des Weltgeschehens und bietet deshalb auch die Möglichkeit unseren Hass auf dieses System in die Öffentlichkeit zu tragen. Ein System, welches tagtäglich unsere Lebensbedingungen verschlechtert, damit einige Wenige immer mehr haben. Ein System, welches durch Waffenexporte Kriege schürt und damit Flucht und Elend produziert. Dieses System wird also niemals in unserem Interesse funktionieren. Der Kampf um eine bessere Welt beginnt weder mit diesem Gipfel, noch wird er damit enden.

Uns ist auch klar, dass die Herrschenden bei solchen Gipfeln ihr ganzes Repertoire an Repressionsmaßnahmen auffahren werden, realistisch werden wir demnach dies nicht verhindern können. Wofür wir aber sorgen werden ist, dass unser Protest mehr sein wird als eine Randnotiz.



»Love Sport - Not the Money«

Gegen die Instrumentalisierung des Sports

[roter aufbau hamburg]

Sport begeistert so gut wie jeden Menschen auf ganz unterschiedliche Weise und er wird von vielen Menschen auch aktiv betrieben. Besonders in den Randgebieten Hamburgs und anderer Städte fehlt es jedoch an ausreichenden Sportplätzen. Immer mehr Turnhallen stehen für Vereine nicht mehr zur Verfügung, weil sie heruntergekommen sind oder anderweitig genutzt werden. Zahlreiche Sportvereine sind zudem in ihren finanziellen Möglichkeiten stark eingeschränkt, da die Mitgliedsbeiträge nicht ausreichen, um Sportplätze zu mieten und instand zu halten. Gelder für die öffentliche Förderung des Sports werden zusehends in Prestigeprojekte für die High Society und in die Finanzierung von Sport-Großereignissen umgeleitet, wie jüngst in die vom Hamburger Senat angestrebte Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 2024.

Sport-Spektakel auf Kosten der Mehrheit

Ganz anders hingegen läuft es bei den großen Dachverbänden des Sports, dem Weltfußballverband FIFA oder dem Olympischen Komitee (IOC). Der Jahresumsatz der FIFA liegt mittlerweile bei über 2 Milliarden US-Dollar. Obwohl die FIFA offiziell noch immer als gemeinnütziger Verein eingetragen ist, ist der Verband längst zu einem weltweit agierenden Konzern geworden – mit allem was dazu gehört. Korruption und Vetternwirtschaft sind auf allen Ebenen Teil des Tagesgeschäfts. Beleg dafür sind die geschmierte Vergabe der Fußball-Weltmeisterschaft (WM) 2006 an Deutschland und die zweifelhafte Zusage an das Golf-Emirat Katar, die WM 2022 auszurichten. Für die FIFA sind die normalen Sport-Fans höchstens zahlungskräftige KonsumentInnen. Als während der vergangenen Fußball WM in Brasilien die Menschen für ihre Rechte auf die Straße gingen und dafür kämpften, dass die Gewinne der WM an das brasilianische Volk und nicht an die FIFA gehen, waren Schlagstöcke und Tränengas die Antwort. Zudem wurden die ärmeren Menschen aus den Stadtkernen vertrieben. Die Ar-

beitsbedingungen auf den Baustellen Katars, wo die Sportstätten für die WM 2022 gebaut werden, sind verheerend und haben schon hunderte ArbeitsmigrantInnen das Leben gekostet. Das alles interessiert jedoch weder die FIFA noch die Sponsoren und Fernsehsender, solange ihr Image nicht darunter leidet. Das gleiche gilt für das IOC, dessen Finanziers und PartnerInnen. Für sie alle geht es nicht mehr um den Sport, sondern allein um den Profit, der sich mit der Sportbegeisterung der Menschen machen lässt.

Werbeträger und Standortfaktor

Großkonzerne wie Red Bull unterhalten mittlerweile eigene Eishockey- und Fußballmannschaften als Werbeträger. Die Herrschenden der potentiellen Austragungsländer bzw. Städte nutzen sportliche Großevents für ihre Standortpolitik. Bei den Bewerbungen um Olympische Spiele, Fußballweltmeisterschaften usw. geht es ihnen darum, sich in der internationalen Konkurrenz der Staaten und Metropolen in Stellung zu bringen. Insbesondere nationale Auswahlmannschaften und ihre Erfolge werden zudem dazu genutzt, Nationalismus zu propagieren und mittels eines »Wir-Gefühls« die innergesellschaftlichen Widersprüche unter den Teppich zu kehren.

Die teuren Preise für sportliche Großveranstaltungen und den Profi-Sport schließen bereits jetzt einen Großteil der Bevölkerung von der Teilhabe an ihnen aus. Gleichzeitig werden diejenigen, die sich gegen die Kommerzialisierung des Sports wehren, zum Beispiel kritische Fußballfans, mit Repression überzogen. Nichts soll mehr den Geschäften der großen Konzerne im Wege stehen. Das ist das Wesen des Kapitalismus.

Anstatt der Profitmaximierung unterworfen zu sein, sollte Sport von den Menschen und für die Menschen gemacht sein und sich an ihren Bedürfnissen orientieren. Er sollte zur Verständigung und zum Frieden zwischen den Völkern beitragen. Dafür müssen wir kämpfen! »Love Sport - Not the Money!«



Joseph Blatter bei einer Pressekonferenz

„Uns fehlen Leute, die sich engagieren und mit anpacken“

[radikale linke | berlin]

In verschiedenen deutschen Städten versuchen Initiativen, ein SocialCenter for All zu erkämpfen. In Griechenland gibt es bereits besetzte Räume für Geflüchtete. Wir haben mit C. von der Gruppe Alpha Kappa in Athen über das Projekt Notara 26 gesprochen. Notara 26 wurde am 25. September 2015 von Aktivist_innen besetzt und ist es auch heute noch.

Wie erfahren die Geflüchteten von Notara 26?

Wir gehen dort hin, wo die Geflüchteten sind. Am Anfang kurz nach der Besetzung sind wir zu den Plätzen in Athen gegangen, wo viele Flüchtlinge waren, die von den Ägäisinseln hierher gekommen sind. Wir haben die Menschen darüber informiert das es Notara gibt und sie zu uns eingeladen. Vier Monate später haben auch die NGOs, die auf den Inseln aktiv sind, sowie andere zum Teil öffentliche Einrichtungen die Flüchtlinge über Notara informiert.

Wie ist die Arbeit in Notara 26 aufgeteilt? Gibt es mehr Gruppen oder Einzelpersonen, die sich dort engagieren?

Zu Beginn waren es vor allem politische Gruppen. Das lag auch daran, dass die Idee, ein Haus zu besetzen, im Vordergrund stand. Nun hat sich die Situation geändert. Wurde die Arbeit anfangs in den Gruppen aufgeteilt, machen jetzt alle alles – bis auf den Einsatz der Ärzte natürlich. Viele der Leute die jetzt im Notara aktiv sind und vorher nicht in Gruppen waren, haben begonnen, sich mit der Asylpolitik auseinanderzusetzen, und diskutieren darüber.

Außerdem muss gesagt werden, dass im ersten Monat sehr viel mehr Menschen aktiv waren. Mittlerweile ist die Lage schwieriger. Das Haus ist ein ehemaliges Bürogebäude, also nicht geeignet, über längere Zeit viele Menschen zu beherbergen. Maximal 110 Menschen können unterkommen, doch leben zur Zeit ungefähr 160 dort. Insgesamt waren 2.500 Flüchtlinge bereits bei uns.

Ein anderer Punkt ist, dass nun viele Menschen längere Zeit im Notara sind. Am Anfang war das Haus für die Flüchtlinge nur eine Durchgangsstation, sie blieben höchstens drei bis fünf Tage. Aber nachdem die Grenzen Richtung Norden geschlossen worden sind, hat es sich geändert. Der Plan war, dass alle bis zu fünf Tagen bleiben können. Nun prüfen wir, wer im Notara länger bleiben kann. Einige blieben hier, um in Griechenland einen Asylantrag zu stellen, andere wollen wieder zurück in ihre Länder und wieder andere warten auf eine günstige Gelegenheit, um weiterzukommen.

Was sind nach drei Monaten die Probleme im Notara 26?

Auf der einen Seite gibt es ausreichend Material und jede Menge Solidarität, doch auf der anderen Seite fehlen uns Leute, die sich engagieren und mit anpacken. Klar Dolmetscher und Ärzte werden immer gebraucht, aber am Anfang gab es allgemein eine große Bereitschaft für gemeinschaftliches Handeln. Das ist mit der Zeit weniger geworden. Jetzt wird die Last nur noch von wenigen Leuten gestemmt. Und das ist auch der Grund, weswegen alle alles machen und es keine Arbeitsteilung mehr gibt. Die alltäglichen Schwierigkeiten sind die größten Probleme, mit der Notara konfrontiert ist. Kurzum, am Anfang sind wir sehr idealistisch an die Sache herangegangen. Die Realität war davon weit entfernt. Dann waren wir mit

Problemen konfrontiert und mussten diese lösen – und zwar ganz praktisch.

Wie hat die Nachbarschaft auf Notara 26 reagiert?

Anfänglich gab es Vorbehalte, aber diese haben sich schnell aufgelöst und die Nachbarschaft war danach sehr solidarisch. Es hilft natürlich, dass Notara im linken Bezirk Exarchia ist.

Außerdem gibt es in Griechenland eine starke Solidaritätsbewegung mit Geflüchteten. Diese ist jedoch vor allem humanitärer und nicht politischer Natur. Aus diesem Grund werden die Menschen auch nicht über ihre Rechte aufgeklärt, z.B. um Asyl zu beantragen. Im Mittelpunkt der humanitären Hilfsbewegung stehen die Notwendigkeiten, um das Überleben der Flüchtlinge zu sichern. Die Solidarität wird zudem vor allem Menschen aus Syrien zuteil.

Warum wurde die Besetzung nicht geräumt?

Das hätte der Regierung politisch nichts gebracht, weil sie sich als eine linke präsentieren möchte. Außerdem hat die Regierung nicht die materiellen Möglichkeiten, um so viele Flüchtlinge zu versorgen, wie momentan Griechenland erreichen. Um jedoch als linke Regierung zu erscheinen, wollte Syriza keine Auffanglager wie in Amygdalea oder auf freiem Felde einrichten.

Was wäre es für ein Bild gewesen, wenn die Polizei ein Haus mit Kindern und Familien räumt und die Leute auf die Straße setzt? Syriza will das linke Image bewahren. Auch bei den Riots am 6. Dezember – dem Jahrestag der Ermordung von Alexis Grigoropoulos durch Bullen – gab es zwar ein großes Polizeiaufgebot, aber es wurde nicht der Befehl zum Eingreifen gegeben.

Wird mit den Geflüchteten politisch gearbeitet?

Am Anfang gab es das Interesse, die Menschen, die die in Notara waren, zu politisieren. Aber Griechenland war für sie nur eine Zwischenstation und in Notara blieben sie lediglich für maximal fünf Tage. Das macht die Sache schwierig. Viele Flüchtlinge sind zudem traumatisiert. Sie haben niemanden an sich herangelassen, vor allem nicht mit politischem Zeug.

Es gibt natürlich auch Ausnahmen. Zum Beispiel ein Mädchen, das ihre Eltern bis an die Grenze gebracht hatte, dann wieder zurückgekommen ist, um sich an Demonstrationen zu beteiligen.

Berlin braucht ein soziales Zentrum!

Im vergangenen Jahr gab es in verschiedenen Städten Versuche, Räume zu besetzen, um ein soziales Zentrum zu eröffnen. Was in Lübeck und Göttingen bereits geklappt hat, soll auch in Berlin keine Zukunftsmusik bleiben.

Neben Euren Ideen und aktiver Beteiligung benötigen wir auch materielle Unterstützung:

Spendenkonto

Kontoinhaber: Rote Hilfe e.V.

IBAN: DE55430609674007238317

BiC: GENODEM1GLS

Verwendungszweck: socialcenter4all



Berlin:

24.04.

14:00 Uhr, Mehringhof

Was tun wenn's brennt?!

Demo Warm Up der Roten Hilfe

30.04.

15:00 Uhr, Hermannplatz

Kundgebung gegen Verdrängung

16:30 Uhr, U-Bhf. Osloer Straße

Demonstration Organize- gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung!

ab 18:30 Uhr, Richardplatz

Kundgebung und Straßenfest gegen Verdrängung

01.05.

09:30 Uhr: Hackescher Markt

Klassenkampf-Block auf der DGB-Demo

18 Uhr: Oranienplatz

Revolutionäre 1.Mai-Demonstration

Hamburg:

30.04.

16 Uhr - 23 Uhr, S-Sternschanze

Klassenfest gegen Staat und Kapital

HipHop-Openair For The Lower Class

18 Uhr, Schanzenviertel

Demo : Breite Solidarität gegen Rassismus und Repression - Die Stadt gehört allen!

01.05.

18 Uhr, Bahnhof Altona

Revolutionäre 1.Mai-Demonstration

V.i.S.d.P. Ernst Henning, Budapester Straße 31, 20359 HH



Besetzung der Alten Post in Berlin Neukölln am 25. November 2015



WWW.RADIKALE-LINKE.NET



AUFBAU
WWW.ROTER-AUFBAU.DE